

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 28. Juni 2016

Halbzeit-Bilanz Schwarzgrün

Arbeit und Landesbeschäftigte

Die Nullrunde (2015) und eine nur einprozentige Erhöhung der Besoldung (2016) sind ein Schläge ins Gesicht der Beamtinnen und Beamten Hessens, die erneut zu Verlierern einer völlig verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik gemacht werden. Dabei haben die Beamtinnen und Beamten mit 42 Stunden ohnehin die längste Wochenarbeitszeit in ganz Deutschland. Der Landesdienst wird zunehmend unattraktiv, im Ländervergleich bezahlt und behandelt Hessen seine Beamten weit unterdurchschnittlich. Auf ein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz warten die Beschäftigten des Landes Hessen aufgrund der schwarzgrünen Blockaden bis heute leider vergebens.

Zudem arbeiten in Hessen 300.000 Beschäftigte zu Niedriglöhnen und müssen trotz Vollzeitjob aufstocken. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Minijobs breiten sich weiter aus und verdrängen reguläre Beschäftigung. Laut amtlicher Statistik lebt fast jedes fünfte Kind und fast jede und jeder vierte Jugendliche in Hessen in Armut, hier liegt Hessen über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Im Koalitionsvertrag finden sich, wenn überhaupt, nur vage Aussagen zum Bereich ‚Gute Arbeit‘.

Bildungspolitik

Statt die gescheiterte G8-Reform wie in anderen Bundesländern vollständig zurückzunehmen, müssen die einzelnen Schulen selbst wieder zu G9 zurückkehren, was sogar die Gymnasien inzwischen überwiegend getan haben. Die einzigen, die von der Reform profitiert haben, waren die Anbieter von privatem Nachhilfeunterricht. Unter G8 leiden alle Kinder, v.a. die von einkommensschwachen Eltern.

Dies gilt auch für die Mogelpackung ‚Pakt für den Nachmittag‘, mit der man die Nachfrage nach Ganztagschulen auf Kosten der Kommunen und ggf. sogar der Eltern befriedigen will. Wenn für Ganztagschulen demnächst womöglich Schulgeld fällig wird, dann verschärft das die soziale Ungleichheit im Schulsystem statt sie abzubauen - ganz abgesehen davon, dass die Hessische Verfassung ausdrücklich kein Schulgeld zulässt.

Für geflüchtete Kinder und Jugendliche hat sich die Situation dramatisch verschärft: Solange sie sich in Erstaufnahmeeinrichtungen befinden und das kann bis zu sechs Monaten der Fall sein, haben sie kein Recht auf Schulbesuch. Das ist nicht menschenwürdig und muss unbedingt zurückgenommen werden.

Innenpolitik

Auch in der schwarzgrünen Regierungskoalition hat sich an der hessischen ‚Law & Order‘-Politik wenig geändert. Ein Informationsfreiheitsgesetz existiert bis heute nicht, das Wort ‚Bürgerrechte‘ kommt weder im Koalitionsvertrag noch in der Regierungspolitik vor. Die Stellenbesetzungen bei der Polizei bleiben andererseits nicht ausreichend, um den hohen Bedarf zu decken. Was die NSA im US-Hauptquartier in Wiesbaden-Erbenheim treibt, scheint Schwarzgrün nicht zu interessieren.

Es bleibt ein schwarzgrünes Armutszeugnis, der Einsetzung des so wichtigen NSU-Untersuchungsausschusses nicht zugestimmt zu haben und sich darin als Schutzmacht des Geheimdienstes und heftig kritisierten Ministerpräsidenten Bouffier zu verstehen, statt zur Aufklärung des Skandals beizutragen. Dennoch hat der Ausschuss schon jetzt vieles zur Aufklärung beigetragen und ungeahnte Blicke hinter die Kulissen der Sicherheitsbehörden ermöglicht. Das V-Leutesystem, die Struktur und Ausrichtung des Geheimdienstes, aber auch die politische Führung im Innenministerium stehen zu Recht enorm in der Kritik.

Ab September 2016 und in 2017 wird sich die Aufklärung dann um den exekutiven Kern drehen mit der Frage: Warum hat Volker Bouffier die Öffentlichkeit belogen, den hoch dubiosen Geheimdienstler Andreas Temme geschützt und den Quellenschutz der V-Leute über das Aufklärungsinteresse einer Neonazi-Terrorserie gestellt?

Verkehrspolitik

Beim Thema Flughafen Frankfurt muss man von einer Farce sprechen. Statt eines absoluten Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr gibt es jetzt Lärmverschiebungen, bei denen der Lärm gebündelt wird aber kein Flugzeug weniger fliegt. In der Folge wird es nur für einige Anwohner ruhiger – auf Kosten der Übrigen. Statt zumindest das ständige weitere Wachstum des Flughafens mitten im Rhein-Main-Gebiet zu beenden, wird nun das Terminal 3 gebaut. Das Millionengrab Kassel-Calden frisst derweil munter weiter Steuergeld.

Busse und Bahnen in Hessen sind im Ballungsraum an der Belastungsgrenze und werden auf dem Land immer weiter im Angebot eingeschränkt. Gleichzeitig steigen die Preise Jahr für Jahr um ein Vielfaches der allgemeinen Inflationsrate. Um den **Klimaschutz** zu stärken, wären eine andere Verkehrspolitik und eine Reduzierung von Verkehrsströmen nötig. Aber das Wort ‚Verkehrswende‘ kommt im Koalitionsvertrag nicht vor.

Der Bau des Flughafens **Kassel-Calden** war ein absehbarer wirtschaftlicher Misserfolg. Inzwischen stellt sich die Frage, ob der Bau selbst nicht die eigentliche Maßnahme zur Wirtschaftsförderung war, weil gezielt bestimmte Unternehmen mit Aufträgen bedacht wurden. Eine engagierte Landesregierung hätte das Millionengrab für das Land, aber auch für die kommunalen Träger, längst geschlossen, anstatt immer neues Geld aus dem Fenster zu werfen.

Energiepolitik

Energiepolitisch ist von den ambitionierten Zielen der Grünen kaum etwas übrig geblieben. Die Grünen hatten noch im Wahlprogramm das Ziel, dass in Hessen bis 2030 eine Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erreicht werden soll.

In der Koalition mit der CDU, deren Abgeordnete sich gerne im Wahlkreis gegen den Bau von Windrädern stark machen, liegt die Energiewende brach. Die Ziele der internationalen Klimaschutzabkommen kann Hessen schon jetzt kaum noch einhalten.

Auch die Entmachtung der Energiekonzerne zugunsten von dezentralen Stadtwerken und Energiegenossenschaften stockt: Mit ihrer Vermarktungspolitik von landeseigenen Waldflächen für Windkraftanlagen bevorzugt die schwarzgrüne Landesregierung Großanbieter und Kapitalgesellschaften.

Umweltpolitik

Schwarzgrün hat in den letzten zweieinhalb Jahren nicht nur den Grundwasserschutz im hessischen Kalirevier ausgehebelt, die Regierungsparteien gefährden mit ihrer Umweltpolitik auch zunehmend die Arbeitsplätze bei K+S. Wie auch beim Schutz vor Fluglärm und dem Klimaschutz gab es keine Weichenstellungen für eine umweltverträglichere und damit zukunftssichere Ökonomie. Das Weiter-so erzeugt nicht nur hohe Folgekosten, es gefährdet auch unsere Lebensgrundlagen und die Gesundheit vieler Menschen.

Am meisten hat sich die Koalition von ihren eigenen Inhalten bei der Entsorgungsfrage in der Kaliindustrie entfernt. Während die CDU mit ihrer vorherigen Umweltministerin Puttrich noch klar formulierte, dass eine weitere Versenkung von Kaliabwässern in den Untergrund beendet werden muss, klatscht sie jetzt einer Umweltministerin der Grünen ungeniert Beifall zur Verlängerung der umweltfeindlichen Entsorgung der Abwässer bei K+S, obwohl es längst zeitgemäße Produktionsmethoden gibt. Wir fordern, dass diese auch zur Anwendung kommen.

Wohnungsbaupolitik

Hessen braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in den Ballungsgebieten. Die jüngst vorgelegten Zahlen des Wohnungsbedarfsberichts der Hessischen Landesregierung sind

erschreckend. Überraschend sind sie jedoch nicht. Die gigantische Zahl von 517.000 benötigten Wohnungen bis 2040 ist Resultat einer Politik, die stets davon ausgegangen ist, dass Wohnen keine Kernaufgabe der Landespolitik ist. Dieses Handeln, das auch unter Schwarzgrün nur äußerst langsam und inkonsequent verändert wird, führt dazu, dass mindestens 45.000 hessische Haushalte trotz Anspruchs auf eine Sozialwohnung nicht mit einer solchen Wohnung versorgt werden können.

Der Glaube, dass der Wohnungsmarkt es schon richten wird, ist ein Irrglaube. DIE LINKE hat seit 2010 immer wieder Anträge und Gesetzentwürfe vorgelegt, die zu einer erheblichen Verbesserung der Situation am Wohnungsmarkt geführt hätten. All unsere Initiativen wurden von den jeweiligen Landesregierungen abgelehnt. Jetzt bedarf es eines massiven Investitionsprogrammes um die jährlich benötigte Zahl von Wohnungen zu erreichen.

Flüchtlingspolitik/Migration

In der Asylpolitik sind in Hessen kaum Unterschiede zwischen Grünen und CDU auszumachen: Im Innenausschuss etwa unterstützen die Grünen mit der CDU die Initiative der Bundesregierung, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer anzuerkennen, wie sie es bereits bei den westlichen Balkanländern entschieden haben. Die Grünen werden aufgefordert, ihre Zustimmung endgültig zu verweigern, so dass die schwarzgrüne Landesregierung der Erweiterung im Bundesrat ebenfalls nicht zustimmt.

Hessen braucht weiter einen Wandel in der Flüchtlingspolitik, weg von der inhumanen Abschreckungs- und Abschottungspolitik, hin zu einem humanitären Umgang mit Flüchtlingen. Das von der Regierung immer wieder bemühte Schlagwort der „Willkommens- und Anerkennungskultur“ hat sich noch nicht in einer ausreichenden Unterstützung der Ehrenamtskultur niedergeschlagen. Eine umfassende Gesundheitsversorgung ist in vielen Bereichen wie z.B. der Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen noch nicht ausreichend gesichert. Außerdem muss der Anspruch auf Bildung in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen vom ersten Tag an wieder hergestellt werden, unabhängig von der ‚Bleibeperspektive‘.

Die fortwährenden Asylrechtsverschärfungen der Großen Koalition fördern die rechtspopulistischen Tendenzen von AfD und Pegida. Die dadurch entstehende Fremdenfeindlichkeit zeigt sich u.a. in den Überfällen auf Flüchtlingsheime, auch in Hessen.

Kinderbetreuung

Kindertagesstätten müssen inzwischen auf Grundlage des Kinderförderungsgesetzes 2014 arbeiten, das die Grünen gemeinsam mit vielen anderen vor der Wahl als Murks bezeichnet haben. Die Proteste haben zu kleinen Erleichterungen geführt. Es geht aber viel Zeit in Verwaltung und Buchführung verloren, die in der Qualitätssicherung der Kinderbetreuung fehlen. Diese ‚Reform‘ in Verbindung mit den mageren Kommunalfinanzen hat dazu geführt, dass die Qualitätsstandards sinken – Kifög hat einen niedrigeren Personalschlüssel – und die Elternbeiträge steigen. Wir brauchen aber eine verlässliche Finanzierung einer Kinderbetreuung, kleinere Gruppen, mehr gut

ausgebildetem Fachpersonal, das mehr Zeit zur Vor- und Nachbereitung, für Elterngespräche und die Kinder zur Verfügung hat. Das Land muss perspektivisch die Kosten der Kinderbetreuung vollständig übernehmen und soll dazu bereits im nächsten Jahr die Pauschalen erhöhen und Elternbeiträge abschaffen. Außerdem brauchen wir bis zum vollständigen Ausbau der Ganztagschulen mehr Plätze für Schulkinder, so dass diese vor und nach dem Unterricht betreut werden können.

Sozialbudget

Hier handelt es sich um eine Mogelpackung. Statt der angeblichen 18 Millionen Euro sind es nur 12,5 Millionen, die zusätzlich in den Haushalt eingestellt wurden. Dies ist aber kaum mehr als ein Viertel des Geldes, das Roland Koch mit der Operation ‚Düstere Zukunft‘ vor elf Jahren den sozialen Einrichtungen und Organisationen weg genommen hat, so dass viele ihre Arbeit einstellen mussten. Stattdessen müsste das Sozialbudget um 42,5 Millionen Euro erhöht werden. Die finanziellen Mittel müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden: bei den Frauen und Kindern, die vor Gewalt flüchten, bei Menschen mit Behinderungen sowie bei Einrichtungen, die mit Menschen mit Sucht- und Schuldenproblemen arbeiten und in der Gemeinwesenarbeit, der Ehrenamtskoordination, der Beratung und psychosozialen Unterstützung von Flüchtlingen, bei den soziokulturellen Projekten und Selbstorganisationen.

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit hat bei der Landesregierung einen sehr niedrigen Stellenwert. Statt wenig schlecht ausgestatteter und befristeter Projekte sollten Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in gemeinnützigen Organisationen geschaffen werden, die die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten im Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitswesen, in kulturellen Einrichtungen und dem Umweltschutz erledigen und von deren Einkommen die Menschen leben können. Eine gute Beratung durch qualifizierte Einrichtungen wäre gerade bei Menschen, die wieder oder neu in den Beruf einsteigen wollen, erforderlich. Diese sollten genauso vom Land finanziert werden wie unabhängige Beratungsstellen für Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger.

Krankenhäuser und ärztliche Versorgung

Mit dem Krankenhausgesetz haben CDU und Grüne die viel zu geringen Investitionsmittel des Landes für die Krankenhäuser pauschaliert. In Hessen sind allerdings 30,7 Prozent der Krankenhäuser defizitär. Statt Investitionsmitteln werden über den Strukturfonds aktuell Anreize dafür geschaffen, Betten, Abteilungen und ganze Kliniken zu schließen. Kleinere Häuser, die auf dem Land die Grundversorgung garantieren und oft in kommunaler Trägerschaft sind, werden aktuell erbarmungslos niederkonkurriert. Wenn bisher ‚nur‘ einzelne Stationen geschlossen wurden, wie die Geburtshilfe, geht es jetzt ganzen Kliniken an den Kragen. Gleichzeitig gehen immer mehr Kliniken in private Hand über. Diese bauen erbarmungslos Personal ab, so dass der Personalmangel die Gesundheit von Beschäftigten und Pflegepersonal gefährdet. Gerade das Universitätsklinikum Marburg-Gießen, als bundesweit erstes und einziges privatisiertes Uniklinikum, kommt wegen des Personalabbaus nicht aus der Kritik. Es muss wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Das Gesundheitswesen ist eine öffentliche Aufgabe, in der die Privatwirtschaft nichts zu suchen hat.

DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass Krankenhäuser verlässlich finanziert werden, so dass sie nicht mehr Behandlungen als nötig ansetzen, um sich über Wasser halten zu können. In ländlichen Regionen erhalten die Kliniken auch die ambulante gesundheitliche Versorgung aufrecht, die durch eine überalterte Ärzteschaft gekennzeichnet ist. Bis 2020 werden die Hälfte der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner in Hessen einen Nachfolger gesucht und die meisten keinen oder keine gefunden haben. Die bisherigen Maßnahmen vom Land und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen reichen bei weitem nicht aus. Die Ausbildung dieser Ärzte muss intensiviert und den Kommunen mehr Möglichkeiten gegeben werden, medizinische Versorgungszentren zu schaffen.

Frauenpolitik

Die Kritik von Frauenverbänden und Gleichstellungsbeauftragten an dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz ging an CDU und Grünen spurlos vorüber. Sie haben trotz großer Einwände nichts an ihrem Gesetzentwurf geändert und es versäumt, ein modernes Gesetz in Kraft zu setzen. Wir brauchen ein echtes Gleichstellungsgesetz, das die Position von Frauenbeauftragten stärkt, deren Arbeitsbedingungen verbessert, das Gesetz auf Betriebe, die privatisiert werden, ausweitet sowie eine unabhängige Clearingstelle schafft.

Kommunalfinanzen

Der Kommunale Schutzschirm der Landesregierung ist alles andere als ein Erfolg. Mit dem Schutzschirm hat Schwarzgrün in den Kommunen eine Politik durchgesetzt, die darauf setzt, öffentliche Leistungen zu streichen, Gebühren zu erhöhen und mit der Grundsteuer die ‚kleinen Leute‘ zur Kasse zu bitten.

Für diese unsoziale Entwicklung in den Kommunen ist die Landesregierung verantwortlich, weil sie den Kürzungsdruck auf die Kommunen überhaupt erst aufgebaut hat. Viele Kommunen können nur noch über die Reihenfolge der Grausamkeiten entschieden, statt eine sinnvolle, soziale und ökologische Entwicklung voranzubringen. Für dringend erforderliche Investitionen und Reparaturen fehlt vor Ort das Geld.

Steuervollzug

Die Landesregierung unternimmt wenig Initiativen, um Steuerschlupflöcher, die vor allem durch besonders vermögende Steuerpflichtige und große Konzerne ausgenutzt werden, zu schließen. Das ist eine Provokation für alle steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger sowie für die Beschäftigten in

der Finanzverwaltung. Seit Jahren ist bekannt, dass die Politik diese Schlupflöcher gezielt offen hält, zu wenig dafür tut, um die Finanzverwaltungen besser auszugestalten

Strafrecht

Hessens jüngst wieder aufgegriffene Gesetzesinitiative zur Verschärfung des Strafrechts im Bezug auf Gewalt gegen Einsatzkräfte ist rechtsstaatlich bedenklich und ein gefährlicher Schritt, der verhindert werden muss. Freiheitsstrafen bei Bagatelldelikten – das ist der falsche Weg.

Einsatzkräfte sind von Seiten des Strafrechts bereits jetzt umfassend geschützt: Körperverletzungen gegenüber Jeder und Jedem, so auch gegenüber allen Einsatzkräften, und auch deren Versuche, können schon jetzt nach dem Strafgesetzbuch geahndet werden. Die von schwarzgrün entworfene Regelung stellt hingegen eine bedenkliche Erweiterung der strafbaren Handlungen dar, da hiernach eine Körperverletzung gar nicht erst gewollt sein muss. Vielmehr soll ein „tätlicher Angriff“ bestraft werden – ein Eierwurf oder eine Rangelei am Rande einer Demo würde so zwingend eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten nach sich ziehen. Wenn mit der geplanten Norm völlig unverhältnismäßige Verurteilungen drohen, wird zumindest Zurückhaltung, wenn nicht sogar Scheu vor der Ausübung des Rechts auf Versammlung die Folge sein. Wie blamabel für die ‚Bürgerrechtspartei‘ die Grünen.